



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/51 - 3. März 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24891 - 93
Fernschreiber 0886850

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 | Lichtblick ... Nur doch Außenminister-Konferenz | 50 |
| 2 | Entwicklung ging über Bonn und Paris hinweg Zum Treffen de Gaulle - Adenauer | 44 |
| 2a | "Keine Experimente" Adenauer und die Nominierung des Hauß-Nachfolgers | 44 |
| 3 - 6 | Mr. Eisenhowers Mexico-Reise Von unserem Korrespondenten in Mexico, Max Diamant | 78 |
| 5 - 7 | Freiheit und Sicherheit in Mitteleuropa Von Fritz Erler, MdB, Mitglied des Präsidiums der SPD | 160 |

Lichtblick ...

sp - Der britische Premierminister Macmillan kommt nicht mit leeren Händen von seiner Moskauer Erkundungsfahrt zurück. In den letzten Stunden seines Aufenthaltes überraschte die Sowjetunion die Welt mit ihrem Einverständnis zur Einberufung einer Aussenminister-Konferenz. Polen und die Tschechoslowakei als unmittelbare Nachbarn Deutschlands sollen daran teilnehmen. Gegen deren Teilnahme dürften die Westmächte wohl keine prinzipiellen Einwände erheben. Als Tagungsort hat Moskau Genf oder Wien vorgeschlagen, die Dauer der Konferenz möchte es auf zwei bis drei Monate begrenzt wissen. Anschliessend daran - die Moskauer Note spricht von "möglichst bald" - soll eine Gipfelkonferenz erfolgen, um - wie Chruschtschow es sagte - "die faktische deutsche Situation zu fixieren".

Die Welt wird dieses sowjetische Einschwenken mit Erleichterung aufnehmen. Wieder einmal stellt es sich heraus, dass dem geschriebenen doch die grössere Bedeutung als dem gesprochenen Wort zukommt. Nach der Chruschtschow-Rede in seinem Moskauer Wahlkreis ergab sich die Weltpresse äusseren Spekulationen. Da hiess es, die Reise des britischen Premierministers sei von Anfang an ein Fehler gewesen, sie könne nur dazu beitragen, die sowjetrussische Position zu verhärten und die Front des Westens aufzuweichen. Bonn und Paris begegneten Macmillan mit unverhohlenem Misstrauen, sie trauten ihm allerhand politische Seitensprünge zu, ja, manche Kreuzzugsfahrer auf der linken Rheinseite sahen in diesem Reiseunternehmen des britischen Premierministers einen Auftakt für ein neues München ...

Der bevorstehenden Aussenminister-Konferenz kommt keine Entscheidungsbefugnis zu. Aber sie wird diesmal zum Unterschied von früheren Begegnungen zwischen West und Ost gründliche Vorarbeit für das darauffolgende Gipfeltreffen zu leisten haben. Die Völker würden kein Verständnis dafür aufbringen, würden die Aussenminister ihre Energien in fruchtlosen Streit um Prozeduren und Reihenfolgen von Tagesordnungen verschwenden. Sie haben es ja nicht mit einer ihnen unbekannteren Materie zu tun. Die Deutschland- und die Berlin-Frage und der Komplex der europäischen Sicherheit, um die es vor allen geht, ist nicht über Nacht zum weltpolitischen Sorgenkind Nr. 1 geworden. Der Westen und der Osten kennen ihre gegenseitigen Positionen; in Bergen von Noten haben sie ihren Niederschlag gefunden. Noch sind der Westen und der Osten in der Lage, einen kontrollierenden Einfluss auf die Entwicklung auszuüben. Beide Seiten kennen ihre Stärke.

Die bisherigen westlichen Antwortnoten drückten zwar die Bereitschaft zu Verhandlungen aus, aber sie enthielten sich aller konkreter Vorschläge. Mit diesem Ausweichen vor Kernfragen wird man nicht mehr weiterkommen. Das sowjetrussische Zugeständnis zur Einberufung einer Aussenminister-Konferenz als Vorstufe für das umfassendere Gespräch verlangt nun von westlicher Seite ein hohes Mass von Initiative und Elastizität bei der Verhandlungsführung.

Das entscheidende Wort kommt den Vereinigten Staaten zu. Sie haben, natürlich in Einverständnis mit ihren Verbündeten, mit auf Lösungen hinzuwirken, die auch für ihren mächtigen Gegenspieler annehmbar erscheinen können. Die Vorbereitung für diese Aussenminister-Konferenz wird in den nächsten Tagen und Wochen die westlichen Staatskanzleier voll beschäftigen. Die Zeit drängt, denn immer noch steht über dem Westen und besonders über Deutschland das Damoklesschwert eines Separatfriedens zwischen Moskau und Pankow.

Entwicklung ging über Bonn und Paris hinweg

sp - Ursprünglich wollten der französische Staatschef de Gaulle und Bundeskanzler Dr. Adenauer ihre am Mittwoch in der Nähe von Paris stattfindende Besprechung als ziemlich deutliche Demonstration gegen den Besuch Macmillans in Moskau gewertet wissen. Sie waren beide ungehalten darüber, dass man sie nicht vor der Reise des britischen Premiers informiert hatte. So kam, einigermaßen überraschend, das Treffen zustande.

Während man zunächst in den Außenministerien Frankreichs und der Bundesrepublik die Gesprächsthemen auf den Ost-West-Gegensatz und dessen mögliche Lösung konzentrieren wollte, hat man nunmehr ganz offenbar nur die Absicht, wieder einmal jenes ominöse Gebilde auf Hochglanz zu polieren, das gelegentlich als die "Achse Bonn-Paris" bezeichnet wird.

Das ganze Programm ist seit 24 Stunden durcheinander geraten. Die Zustimmung Moskaus zu einer Außenministerkonferenz wird gewiss nicht ohne Wirkung auf die Absichten de Gaulles und Adenauers bleiben.

Im Hintergrund aller zur Zeit zwischen Paris und Bonn gepflegter Kontakte steht natürlich die gerade für einen Dr. Adenauer bange Frage, ob es heute noch möglich ist, in den zwischen Moskau und Washington eingeleiteten grossen Spiel überhaupt noch eine passable Figur machen zu können.

Wenn nämlich die Ideen des militärischen Disengagement, des Auseinanderrückens der beiden Militärblöcke im Herzen Europas, bei zukünftigen Ost-West-Verhandlungen Gestalt annehmen, ist es mit der Vorstellung vorbei, aus dem "Europa der Sechs" das Reich Karls des Grossen wieder entstehen zu lassen.

Das weiss ein Mann wie de Gaulle natürlich auch. Für ihn ist jedoch die enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris mehr ein Mittel, um die Amerikaner für seine speziellen französischen Führungspläne in Europa geneigter zu machen. Deshalb dürfte es wohl kein Zufall sein, dass man in Paris schon am Montagabend offiziell verkündet liess, man sehe dem Eingehen Moskaus auf die westliche Forderung nach Einberufung einer Außenministerkonferenz mit einiger Skepsis entgegen.

Aus allen diesen Gründen wird man wohl dem Mittwoch-Treffen de Gaulles mit Adenauer nicht mehr die gleiche Bedeutung beimessen können, die es noch vor einer Woche zu haben schien. Die Entwicklung ist über Bonn und Paris hinweggegangen, und bei aller Sympathie für das gute Verständnis, das de Gaulle und Adenauer füreinander aufbringen mögen, bleibt man doch an jenes Wort erinnert, das der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler auf der deutsch-französischen Konferenz am vergangenen Wochenende in Bad Godesberg aussprach:

"Auch geliebte Führer sind vergänglich".

"Keine Experimente"

ep - In der CDU/CSG stritten und streiten noch mannigfache Gefühle über die Frage, ob Bundeswirtschaftsminister Erhard zum Präsidentschaftskandidaten gekürt werden soll oder nicht. Das von Dr. Adenauer eingeleitete lamentable Ränkespiel um die Benennung des höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik, die Proklamierung Erhards ohne dessen ausdrückliche Zustimmung und ohne die Zustimmung der CDU/CSJ-Bundestagsfraktion, hat überall böses Blut gemacht. Es legt uns aus Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten die Verpflichtung auf, nicht noch mehr das unwürdige Fellschen innerhalb der stärksten Regierungspartei blosszulegen.

Eines muss jedoch mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Bundeskanzler Dr. Adenauer hat wieder einmal die Würde des Staates und die Würde seiner Repräsentanz in einer Weise verletzt, die ahnen lässt, was dieser Mann von der Demokratie hält.

Es geht uns hier gar nicht darum, ob Erhard nun der Präsidentschaftskandidat der CDU wird oder geworden wäre. Er scheint die Konsequenzen ziehen zu wollen und seine Partei dazu zu zwingen, einen Mann ausfindig zu machen, der in der Wahlentscheidung einem Professor Carlo Schmid ebenbürtig sein könnte.

Was sich in diesem Zusammenhang aber schon bisher abgespielt hat und noch abspielen wird, ist die Bankrotterklärung einer Partei, die bei der letzten Bundestagswahl die absolute Mehrheit errang und jetzt im Bundestag über 279 Mandatsträger verfügt. Seitdem man über die Nachfolge von Heuss in den Parteien und in der Öffentlichkeit diskutiert, hat diese grosse Partei es nicht fertig gebracht, einen einzigen Mann zu finden, der so wie Carlo Schmid politisches Wissen, eine grosse Bildung, Autorität und Würde in einer Person vereinigt.

Den Mann, den man vorschlagen wollte, Erhard, hält man offensichtlich für unentbehrlich an dem Posten, den er jetzt innehat. Wie arm muss eine Partei sein, deren Vorsitzender so viele Manipulationen einleitet, um hintergründige Entscheidungen unter Ausschaltung der dafür zuständigen Gremien vorzunehmen!

Hier offenbart sich die ganze Hohlheit einer politischen Führungsgruppe, die mit Unterstützung von Industriegeldern und den Finanzen des Geheimfonds eines Bundeskanzlers bei Wahlen dem Volk einredet, sie und nur sie allein verfüge über den Stein der Weisen, stelle die Persönlichkeit über die Masse und sei überhaupt das Salz der Nation.

"Keine Experimente!" - das hat man einmal gesagt, um ein Volk zu betören. Jetzt experimentiert man mit den Methoden zweifelhafter Geschäftsgebarung, um einen Kandidaten ausfindig zu machen, der nicht nur arithmetisch, also auf Grund der mathematischen Mehrheit im entscheidenden Wahlgremium, an die Spitze kommen soll, sondern auch wirklich eine Persönlichkeit ist, die - wie es sein sollte - von Vertretern des ganzen Volkes getragen wird.

3. März 1959

Mr. Eisenhowers Mexico-Reise

Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant

Die offizielle Besuchereise Eisenhowers nach Mexiko stand bereits im Zeichen der veränderten USA-Politik in Lateinamerika, die übrigens nur verspätet und zögernd den grossen tatsächlichen Wandlungen aus der letzten Zeit Rechnung trägt. Der Besuch war so angelegt, und die Wirkungen bestätigen es, dass man in ihm allerwärts den Willen Washingtons erkennen sollte, nun mit den neuen Kräften Lateinamerikas ein direktes und persönliches Gespräch aufzunehmen. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass Washington sofort im Anschluss an das Schluss-Kommuniqué des Mexico-Besuchs die Meldung verbreitet, dass eine politische Reorganisation seiner diplomatischen Vertretungen in Lateinamerika jetzt in Gang komme. In Cuba ist mit dem neuen Botschafter Bonsal, der bis jetzt in Bolivien wirkte, ein Gegenexponent gegen jede weitere Unterstützung lateinamerikanischer Generals-Diktatoren in den Vordergrund gerückt; in Brasilien hat die bisherige Rom-Botschafterin Clare Booths Bruce den farblosen Berufsdiplomaten abgelöst; für Buenos Aires erwartet man die Ablösung des dortigen Botschafters durch den früheren Direktor der links-republikanischen "New York Herald Tribune"; aus Nicaragua und Sancti Domingo sind die Botschafter zur Konsultation nach Washington zurückberufen worden. Mit dieser politisch betonten Diplomaten-Bewegung unterstreicht Washington den bewusst lateinamerikanischen Aspekt der Präsidentenreise nach Mexiko. Sie ist gedacht und durchgeführt worden als das positive Gegenstück zu der misslungenen lateinamerikanischen Reise des Vize-Präsidenten Nixon vor drei Viertel Jahren.

Abgesehen von dem Pflichtbesuch bei der All-amerikanischen Präsidenten-Konferenz vor vier Jahren hat Eisenhower bisher in keinem Land Lateinamerikas einen Staatsbesuch durchgeführt. Dass die Reise nur nach Mexiko ging, liegt zu wenigsten an der unmittelbaren Landeshöhe und der geographischen Nachbarschaft. Es ist vor allem eine Anerkennung des veränderten Gewichts Mexicos, als Resultat seines grossen sozialökonomischen Aufstiegsprozesses und seiner jahrzehntelangen politischen Stabilität. Aber darüber hinaus akzeptiert jetzt Washington erstmalig die tatsächliche Stellung Mexicos als lateinamerikanischer Sprecher, wie sie in den letzten Jahren bei allen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit, in der regionalen Organisation der amerikanischen Staaten und in den Vereinten Nationen wirksam geworden ist. Mexiko ist das einzige Land Lateinamerikas, das nach einer Volkerevolution den Feudalismus überwunden hat, das als erstes Land Lateinamerikas die Verstaatlichung seiner

Bodenschätze prinzipiell etabliert hat und praktisch durchführt, das in der modernen Industrialisierung und in der sozialen Organisation einer neuzeitlichen "gemischten" Gesellschaftsordnung auf nationalrevolutionärer Grundlage zweifellos heute in Lateinamerika an der Spitze steht. Durch diese Geschichte und Entwicklung in seinem Verhältnis zum nördlichen Nachbarn ist Mexiko mit den Jahren immer selbstbewusster und betont selbständig geworden. Gerade diese selbstbewusste und zugleich ausgewogene Haltung hat seinen geistigen Widerhall in Lateinamerika bedeutend erhöht.

Doch galt Mr. Eisenhowers Mexiko-Besuch nicht ausschliesslich der Betonung der jetzt dominierenden gemeinsamen Gesichtspunkte. Zwischen den USA und Mexiko gibt es aus der letzten Zeit eine Reihe Divergenzen, die nun Thema einer freundschaftlichen Aussprache seiner beiden Präsidenten waren. Als führender amerikanischer Kunde forderte Mexiko nachdrücklich mehr Rücksichtnahme und grösseres Verständnis in den handelspolitischen Fragen. Konkret waren nacheinander besonders die Fragen der niedrigen Kaffeepreise, der nordamerikanischen Quoten für die Leichtmetalle, und der einseitigen Handhabung des Baumwoll-Markts der Gegenstand mexikanischer Vorstösse. Auch aus den offiziellen Communiqué ergibt sich, dass in diesen Punkten Mr. Eisenhower in der Abwehr war und verschiedene Zusagen für die Zukunft machte. Insbesondere erfolgte für die zukünftige Baumwollpolitik der USA, die tatsächlich auch aussenpolitische Aspekte hat und in die Weltpolitik hineinspielt, die grundsätzliche Festlegung, dass wegen des grossen gemeinsamen Interesses auf diesem Gebiete künftig die nordamerikanische Regierung nicht mehr allein vorgehen, sondern nach Beratung mit Mexiko gemeinsame Absprachen erstreben werde. Für Mexiko ist diese Zusage von grosser Bedeutung, da der Baumwoll-Export dieses Landes im Aussenhandel mit etwa vierzig Prozent den ersten Platz einnimmt.

An Sofort-Regelungen wurden ausserdem die gemeinsame Errichtung eines weiteren Staudammes längs des Grenzflusses Rio Bravo und gemeinsame Massnahmen zur Bekämpfung der verschiedenen Pflanzenschädlinge vereinbart. Doch schnitt Eisenhower in den Verhandlungen eine Frage an, in der Mexiko besonders neuralgisch ist, die aber offenbar auch für die USA-Regierung grössere allgemeine und grundsätzliche Bedeutung hat: die staatliche Petroleum-Politik Mexicos, die zu einem weiteren Rückgang des Geschäftsanteils des ausländischen Privatkapitals führe. Dagegen hat Mexiko auf einem entscheidend wichtigen Gebiet einen erfolgreichen Vorstoss unternommen, der sachlich und prinzipiell von allgemeinem Interesse ist: Erstmals hat die USA-Regierung in Sachen der atomaren Entwicklung für friedliche Produktionszwecke einem Lande aktive Unterstützung zugesagt, dass aus allgemeinen politischen Gründen abblecht, mit der USA-Regierung einen militärischen Bündnis- oder Beistandspakt einzugehen.

Freiheit und Sicherheit in Mitteleuropa

Der nachfolgende Artikel von Fritz Erler, MdB, ist in der letzten Ausgabe der "Freigewerkschaftliche Nachrichten", herausgegeben von der Abteilung der AFL-CIO für internationale Angelegenheiten, erschienen.

Die sowjetischen Vorstöße auf Berlin und für einen Friedensvertrag mit Deutschland haben die Deutschland-Frage in den Mittelpunkt der weltpolitischen Diskussionen gerückt. Unsere Reaktion ist eindeutig. Die Freiheit Berlins darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Solange Berlin nicht wieder die Hauptstadt eines in gesicherter Freiheit wiedervereinigten Deutschlands ist, bedarf die Freiheit der Berliner Bevölkerung handfester Garantien. Deshalb dürfen auch die westlichen Truppen nicht aus Berlin verdrängt werden. Die völlig übereinstimmende Haltung aller westlichen Regierungen und der politischen Parteien dürfte der Sowjetunion klargemacht haben, daß sie ein sehr ernstes Risiko eingeht, falls sie die Freiheit Berlins gefährden sollte.

Im Dezember vergangenen Jahres haben die Westmächte erklärt, daß sie zwar auch über Berlin zu verhandeln bereit wären, aber nicht unter dem Druck eines befristeten Ultimatum und außerdem nur im dem größeren Zusammenhang der deutschen Frage im ganzen und der europäischen Sicherheit. Diese letztere Bemerkung ist überaus wichtig. Wird sie vom Westen zu ernsthaften Vorschlägen ausgebaut, dann können die sowjetischen Vorstöße sogar das Gute haben, daß die Deutschland-Frage im ganzen allmählich einer vernünftigen Lösung zugeführt wird.

Das deutsche Volk will keine Ausdehnung der kommunistischen Gewaltherrschaft auf den freien Teil Deutschlands. Der Westen würde eine solche Lösung auch als unvereinbar mit seiner eigenen Sicherheit empfinden. Dieses Sicherheitsbedürfnis hat Außenminister Dulles in einer Pressekonferenz für die andere Seite anerkannt.

Es geht um die Sicherheit aller

Deutschland kann nicht zusammenkommen, wenn man erwartet, daß die eine weltpolitische Großmacht vor der anderen kapituliert und den von ihren Truppen gehaltenen Teil des Landes dem militärischen Potential der anderen Seite hinzuschlägt. Ganz Deutschland im Warschauer Fakt wäre die Kapitulation des Westens. Ganz Deutschland in der NATO wäre aber ebenso die Kapitulation der Sowjetunion. Angesichts der weltpolitischen Stärkeverhältnisse ist beides ausgeschlossen. Es muß also eine Lösung gefunden werden, welche den Sicherheitsbedürfnissen aller Beteiligten gerecht wird. Objektiv rechtfertigt ein Vergleich der heutigen militärischen Kräfte der Sowjetunion und der Bundesrepublik keine sowjetischen Befürchtungen. Man darf aber die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht vergessen. Sie haben Folgen im Denken nicht nur der Führer, sondern auch der Völker gehabt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich darum bemüht, durch Rüstungsbeschränkungen und ihre Europa-Politik das durch die jüngsten geschichtlichen Erfahrungen verständliche Mißtrauen der westlichen Nachbarn zu zerstreuen. Aufgabe der deutschen Politik wird es sein müssen, um der Wiedervereinigung Deutschlands willen das Vertrauen des Westens zu bewahren, aber gleichzeitig das Zutrauen auch unserer östlichen Nachbarn in eine friedliche Entwicklung Deutschlands zu gewinnen. 1939 und 1941 marschierten deutsche Truppen in Polen bzw.

die Sowjetunion ein - nicht umgekehrt. Unser entschlossener Kampf gegen die Übertragung der bolschewistischen Gewaltherrschaft auf unsere eigenen Länder darf uns nicht blind machen für die geschichtliche Wahrheit.

Die Deutschen sind damals bis Koskau und Leningrad sowie nach Stalingrad und in den Kaukasus vorgedrungen, obwohl die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion verbunden waren. Deshalb sieht man in der Sowjetunion mit Sorge die Verbindung des deutschen militärischen Potentials mit amerikanischer Führung und Wirtschaftskraft. Außerdem traut die Sowjetunion, wenn auch zu unrecht, den Deutschen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungen auch ein militärisches Wunder zu. Diese Sorge kann ein wichtiger Hebel zur Lösung der deutschen Frage sein. Man sollte bereit sein, mit der Sowjetunion über Vorschläge zu verhandeln, welche ihr diese Sorge nehmen könnten, aber nur, wenn gleichzeitig mit der Verwirklichung dieser Vorschläge auch der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit geebnet würde.

"Wir müssen stündlich darum ringen"

Die deutsche Frage steht also in Zusammenhang mit einer Politik der militärischen Entflechtung im Herzen Europas, dem sogenannten Disengagement. Mancher mag der Meinung sein, daß die Sowjetunion die von ihr besetzten Gebiete unter gar keinen Umständen und niemals preisgeben würde. Wer so denkt, der soll gefälligst aufhören, dem deutschen Volk etwas von der Wiedervereinigung zu erzählen. Man kann kein Ziel erreichen, an das man in Wahrheit nicht glaubt. Noch so tiefeschürfende Analysen der sowjetischen Politik, die zu einem solchen Ergebnis führen, vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sie in Wahrheit die Kapitulation vor der kommunistischen Gewaltherrschaft in Mitteleuropa bedeuten. Unsere Aufgabe kann nicht die der Kapitulation sein. Wir müssen vielmehr stündlich darum ringen, wie den heute ihrer Freiheit beraubten Menschen die Freiheit zurückgegeben werden kann, ohne einen Weltenbrand zu entfachen.

Es gibt Initiativen von polnischer Seite, die eine Einlösung an unsere Diplomatie sind, sie durch eigene Vorschläge für alle Seiten annehmbar zu machen. Polen fürchtet, wie die Sowjetunion die wachsende militärische Stärke der Deutschen, insbesondere ihre Ausrüstung mit Atomwaffen. Darüber hinaus aber ist auch einem an guter Fachbarschaft mit der Sowjetunion interessierten Polen an dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen gelegen. Der Reiz der polnischen Vorschläge besteht darin, daß sie sich nicht auf ganz Deutschland allein erstrecken, sondern auch auf Polen und die Tschechoslowakei. Ungarn müßte dabei sein, wie ein Blick auf die Landkarte zeigt.

Gegen Vernichtung gibt es keinen Schutz

Als Ergebnis der Vorschläge über eine militärische Entflechtung im Herzen Europas entstünde ein Gebiet, in dem sich keine fremden Truppen befinden und dessen eigene Streitkräfte in einem vernünftigen Verhältnis zueinander begrenzt und international kontrolliert wären. Zusätzlich wäre das Gebiet durch Garantien der Weltmächte zu schützen. Die Sicherheit des Westens würde wachsen, wenn sowjetische Truppen nicht mehr fünfzig Meilen von Frankfurt ständen, sondern östlich Polens, und amerikanische Truppen dafür lediglich bis an die deutsche Westgrenze zurückzugehen hätten. Gegen Vernichtung gibt es ohnehin keinen Schutz außer dem mangelnden Interesse des Gegners daran und der Furcht vor dem kollektiven Selbstmord. Gegen Besetzung aber sind diese Länder besser gefeit, wenn die sowjetischen Positionen in der beschriebenen Weise zurückgezogen werden müßten. Die Begrenzung der eigenen Streit-

Kräfte dieser Länder könnte als Modell dienen, um auch die Großmächte zu einer vernünftigen Begrenzung ihrer konventionellen Armeen unter entsprechender Kontrolle zu veranlassen, wie es bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen schon weit gediehen war. Damit könnte in Europa ein Kräfteverhältnis zwischen den sowjetischen und den anderen europäischen militärischen Kräften entstehen, das gesünder ist als das jetzige. Ein plötzlicher Abzug der Roten Armee aus der Sowjetzone würde zu revolutionären Erschütterungen und kriegerischen Gefahren führen. Deshalb kann ein solches Disengagement nur schrittweise verwirklicht werden. Jeder Verminderung sowjetischer Macht in Deutschland müßte ein Stück Liberalisierung des Regimes entsprechen, um Konflikte zu vermeiden. Dabei wäre an die allmähliche Wiederherstellung der Freizügigkeit zwischen den Teilen Deutschlands, die Entwicklung einer öffentlichen Meinung, die Entstehung einer lokalen und regionalen Selbstverwaltung durch Wahlen, die keine Einheitslistenwahlen wären, und ähnliches zu denken.

Freie Wahlen ja - aber nicht am Anfang

Gesamtdeutsche Wahlen als erster Schritt zur Wiedervereinigung würden das Ulbricht-Regime ohne westliche Gegenleistungen zerstören. Deshalb wird vorher auch über die Gegenleistungen gesprochen werden müssen. Außerdem wird aber die Weltmacht Sowjetunion nicht zulassen, daß einer ihrer treuesten Verbündeten durch eine solche Ohrfeige aus dem Sattel gehoben wird. Verzicht auf freie Wahlen als Mittel zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Wiedervereinigung Deutschlands kann niemand. Sie werden aber ziemlich am Schluß der Entwicklung stehen. Aus ihrem Sicherheitsinteresse kann die Sowjetunion zu einer Berichtigung ihrer Positionen in Deutschland bewegt werden, aber nur, wenn sie dabei nicht ihr Gesicht verliert. Auch darum geht es bei der Entwicklung der verschiedenen Phasen, in denen der Abzug sowjetischer Militärs zu paaren ist mit dem allmählichen Abbau der kommunistischen Privilegien und dem Entstehen von Organen, welche in legitimer Weise den Willen der Bevölkerung repräsentieren. Handelt es sich einmal nicht mehr um den der Bevölkerung gegen ihren Willen aufgezwungenen Herrn Ulbricht, sondern um Männer und Frauen, welche wirklich den Willen der Bevölkerung in der jetzigen Sowjetzone repräsentieren, dann wird sich die Bundesrepublik nichts vergeben, ja, dann wird sie sogar verpflichtet sein, mit jenen Vertretern die Einzelheiten der Wiedervereinigung Deutschlands zu vereinbaren.

Beide Teile müssen wieder zusammenwachsen

Deutschland kann nicht wiedervereinigt werden, indem der eine Teil den anderen annektiert, sondern nur dadurch, daß beide zusammenwachsen und die Bevölkerung beider Teile in gemeinsamer Arbeit entscheidet, wie das Haus im Innern beschaffen sein muß. Daß es kein kommunistisches Haus, sondern eine Wohnstatt der Freiheit sein wird, daran besteht kein Zweifel. Daß aber manches von den Veränderungen, die in der Sowjetzone stattgefunden haben, nach Beseitigung kommunistischer Willkür nicht einfach auf den Stand von vor 1933 zurückgeführt werden kann, wird sich auch herausstellen. Dies gilt z.B. für die Verteilung des früheren feudalen Großgrundbesitzes an die Bauern. International dagegen wird das wiedervereinigte Deutschland zu respektieren haben, was zum Zwecke seiner Wiedervereinigung vereinbart worden ist: Begrenzung und Kontrolle seiner Rüstung in einem angemessenen Verhältnis zu seinen Nachbarn und Nichtteilnahme an den von der Sowjetunion oder den Vereinigten Staaten geführten großen Militärallianzen. Solange Sowjettruppen im Herzen Deutschlands stehen, sind weder Freiheit noch Einheit möglich. Ohne westliche Gegenleistungen ist aber ihr Abzug nicht zu erlangen. Wir müssen wissen, ob uns die Ausdehnung der Freiheit eine solche Anpassung der westlichen Verteidigungsorganisation wert ist. Ich meine: ja. + + +